

An

Fränkische Landeszeitung
Landkreisredaktion
z.H. Herrn Reinhard

DIE LINKE.

Brunnengasse 4, 91781 Weißenburg

Tel.: 0173 - 8142909

Fax: 09141 – 82299

www.die-linke-weissenburg.de

Niederoberebach 58, 91595 Burgoberbach

Tel/Fax: 09805 - 1602

www.die-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Tausende Landkreisbürger sollen für CSU-Militärideologie Gesundheit, Lebensqualität und Wertverlust ihrer Häuser opfern

Mit Kopfschütteln und Unverständnis reagiert der Kreisverband Ansbach der Partei DIE LINKE. auf die jüngsten Einlassungen der CSU-Wahlkreis-Konferenz zur massiven US-Militärpräsenz in unserer Region.

„Die Bagatellisierung des für viele Menschen in der Region unerträglichen Fluglärms der 110 hier stationierten US-Kampfhubschrauber bis nachts um zwei Uhr, ist ein Schlag ins Gesicht der Landkreisbürger. Die CSU offenbart, dass die vitalen Interessen der Bevölkerung nach Erhaltung von Gesundheit, Lebensqualität und der Wert ihrer Immobilien, bereitwillig der eigenen Parteiideologie geopfert wird.

Führende CSU-Regionalpolitiker, wie etwa Herr MdL Breitschwert, sind für die Verdoppelung der Kampfhubschrauber und die Zerstörung eines einmaligen Naturgeländes am Umlas in Katterbach bei Ansbach und die weitere Aufrüstung in unserer Region mitverantwortlich. Diese schweren Fehlentscheidungen versucht die CSU nun mit falschen Angaben zur angeblichen Wirtschaftskraft der US-Armee zu kaschieren.

Unwahr ist demnach etwa, dass „120 Millionen US-Transferleistungen in Form von Aufträgen an Firmen in die Region“ gingen. Vielmehr bezahlt der deutsche Steuerzahler laut Auswärtigem Amt jährlich rund 1,8 Milliarden Euro an „Stationierungskosten“ für die Präsenz der US-Armee. Gleichzeitig bezahlt die US-Armee keinerlei Steuern. Bei Aufträgen des US-Militärs gehen die heimischen Handwerksbetriebe zumeist völlig leer aus: Beim Bau der riesigen Militär - Trabantenstadt am Umlas bekam ein Großkonzern den Auftrag, der mit Subunternehmen vornehmlich aus Nord- und Ostdeutschland, aber auch aus Polen und Ungarn arbeitet. Kein einziger Euro der investiven Mittel bleibt in der Region.

Die CSU verschließt als Gefangene ihrer eigenen Ideologie die Augen davor, dass überall dort, wo die US-Armee abzog, mittel- und langfristig mehr Arbeitsplätze, mehr Lebensqualität und mehr Steuereinnahmen die Folge ist. Gerade in Franken gibt es gute Beispiele für gelungene Konversionen.

Stichwort Immobilienmarkt: Die von Bgm. Dörr befürchteten Auswirkungen auf den Immobilienmarkt würden ohnehin auch dann eintreten, sobald das Militär das Stacheldraht-Ghetto am Umlas mit 530 Doppelhäusern vollenden würde. Die Minderung des Wertes von Wohnhäusern und Grundstücken im Landkreis, die ständigem Fluglärm ausgesetzt sind, hat Dörr wohl absichtlich nicht erwähnt. Viele Landkreisbewohner von ärmlich betroffenen Ortschaften haben über Jahre hinweg viel Geld in den Bau bzw. die Sanierung von Häusern gesteckt, um auf dem Lande in einigermaßen ruhiger Umgebung zu wohnen. Saisonal bedingter Lärm von landwirtschaftlichen Maschinen und Gerät wurde dabei als notwendig erachtet. Dieser ist klar zeitlich begrenzt und dient dem Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der Ernährungssicherung.

Dass der Wolframs-Eschenbacher Bürgermeister aus der Tatsache, dass über seinem Gemeindegebiet offenbar keine Kampf-Hubschrauber kreisen, ableitet, dass es im Landkreis kein Fluglärmproblem gebe, ist blauäugig und gegenüber anderen Kommunen zutiefst unsolidarisch. Der Aussage des Bürgermeisters stehen weit über 500 Unterschriften wahlberechtigter BürgerInnen aus der Gemeinde Burgoberbach und Ortsteile entgegen, die die inhaltliche Annahme des einstimmig gefassten Ansbacher Stadtratsbeschlusses zur Hubschrauberlärmproblematik demnächst im Gemeinderat fordern werden.

Weder Breitschwert noch Dörr haben je einen Finger für den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm bewegt. Von Bezirksrat Küßwetter ganz zu schweigen. Dessen Aussagen in Richtung des LINKEN-Bezirksrates Uwe Schildbach lassen erkennen, dass Herr Küßwetter, aufgrund fehlender sachlicher Argumente, sich nur noch mit Parolen aus der Zeit des Kalten Krieges bedienen kann.

Der Linken-Kreisverband wird sich weiterhin für die Gesundheit und Lebensqualität der Landkreisbürger aktiv einsetzen. Überdies ist das Ende des Hubschrauberlärms auch ein Beitrag zum Schutz der Umwelt, indem unsere Luft nicht mehr durch die hochgiftigen Abgase und Feinstaubemissionen der US-Helikopter ausgesetzt wäre. Dass Lärm bis tief in die Nacht extrem stört, Kinder, Schichtarbeiter nicht zur Ruhe kommen lässt, zeigten auch die Proteste von betroffenen Anwohner an der Bundesstraße B25 wegen des Schwerlastverkehrs. Auch dort wehrten sich viele Menschen. Genauso tun es auch die betroffenen BürgerInnen, die an Flugrouten oder in der Nähe des Standortes Katterbach mit möglichst wenig Lärm wohnen wollen.

Auf die jüngsten Ereignisse in Grafenwöhr, Maschinengewehrbeschuss einer Berufsschule und Wohnhäuser durch US-Soldaten hinweisend, hofft die LINKE., dass bei etwaigen Wartungsflügen, Flügen mit angehängten Lasten oder mit Waffen an Bord, keine schlimmeren Unfälle bei Überflügen über bewohnte Ortsteile auftreten.

Nach wie vor ist DIE LINKE der Überzeugung, dass der Betrieb einer Militärbasis in dieser Form und Größe unverantwortlich in unserer Region ist. Mit einem Abzug der US-Armee verbinden wir deutlich mehr Chancen als Risiken. Wir werden die Wahlen 2013/14 zu einer Volksabstimmung über die Zukunft der US-Militärpräsenz in Mittelfranken machen.

Mit freundlichen Grüßen,

Peter Gramm
Erkan Dinar

Kreissprecher
DIE LINKE Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen